

# Antrag Nr. 19-F-05-0016

## FDP

---

### Betreff:

Sachstand Beschluss Nr. 0102 vom 22.08.2018 Wirtschaftspolitik auch als Sozialpolitik begreifen  
- Antrag der FDP Fraktion vom 30.04.2019 -

### Antragstext:

Im vergangenen Jahr hat der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie auf Antrag der FDP-Fraktion („Wirtschaftspolitik auch als Sozialpolitik begreifen - Geringqualifizierte in den Fokus rücken“) folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu dem Grundsatz, dass Stadtplanung und Ansiedlungspolitik nicht getrennt von der Lage auf dem Arbeitsmarkt betrachtet werden dürfen, sondern auch Instrumente einer präventiven Sozialpolitik darstellen, welche sich zum Ziel setzt, die Jobchancen von Geringqualifizierten zu bewahren und, wenn möglich, zu verbessern.
2. Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zur Mobilisierung von Gewerbeflächen für die oben genannten und/oder weiteren geeignete Branchen zu erarbeiten, mit dem Ziel, das verfügbare Gewerbeflächenpotenzial besser zu lokalisieren und zu vermarkten.
3. Der Magistrat wird gebeten zu berichten:
  - a) Welche Rahmenbedingungen finden die Branchen Zeitarbeit, Logistik und Distribution, Abfallwirtschaft, Gastronomie und Reinigungsdienstleistungen zurzeit in der Landeshauptstadt vor?
  - b) Wie hat sich die Zahl der Unternehmen / die Zahl der Beschäftigten in diesen Branchen in den letzten Jahren entwickelt? Sind Trends erkennbar?
  - c) Wie schätzt der Magistrat die Möglichkeiten ein, diese Branchen durch eine bevorzugte Flächenvergabe, zu fördern?
  - d) Welche Kontroll- und Anpassungsmechanismen hinsichtlich der erfolgreichen Erwerbsintegration Geringqualifizierter bestehen oder sind geplant?
  - e) Ob und wenn ja wie berücksichtigen wirtschaftspolitische Maßnahmen der LHW auch die soziale Bedarfslage in Wiesbaden?

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Sachstand bei der Umsetzung des Beschlusses Nr. 0102 vom 22.08.2018 zu berichten.

Wiesbaden, 30.04.2019

Antrag Nr. 19-F-05-0016  
FDP

---

Sebastian Rutten  
Sprecher für Soziales und Gesundheit

Johannes Mellein  
Fraktionsreferent